

# KINDERGRUNDSICHERUNG

## Workshop

**15. November 2012**

Stadtmuseum Düsseldorf

Vortrag von

**Prof. Dr. Ronald Lutz**

Fachhochschule Erfurt

## Kinderpolitik. Von der Familien- zur Kindzentrierung

### **Einstieg**

Ich habe letzte Woche an meiner Fakultät einer Ausstellungseröffnung über Janus Korczak beigewohnt, jenen polnischen Pädagogen, den die Schergen des Dritten Reichs im KZ verschwinden ließen. In seiner „Natürlichen Pädagogik“ formulierte er schon vor gut 80 Jahren mit Blick auf das Kind: „Das Kind hat das Recht auf Achtung. Um dieses Recht braucht es nicht zu betteln, es steht ihm legitimer Weise zu.“

Schon Korczak, aber auch Montessori, lehrten uns: Kinder sind eigenständige Subjekte, die wissbegierig auf ihre Welt zugehen, sich darin verorten und teilhaben. Kinder sind keine Objekte der Erziehung, der Bildung und der Politik. Sie sind Subjekte, die in der Welt genauso präsent sind wie Erwachsene, aber zunächst deren Unterstützung und Hilfe benötigen.

Diese Eigenständigkeit muss aber auch in ihren Möglichkeiten für sie verfügbar sein. Es müssen deshalb ökonomische, soziale und kulturelle Räume vorhanden sein, in denen sie sich mit ihrer Welt auseinandersetzen können um ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten auszubilden. Hierzu benötigen sie eine klare Orientierung politischer und pädagogischer Maßnahmen an ihren Bedarfen und Bedürfnissen, die sich prinzipiell anders darstellen als die von Familien und Erwachsenen. Das ruht auf einem veränderten Bild des Kindes und der Konzipierung einer eigenständigen Kinderpolitik.

### **Bild des Kindes**

Wir befinden uns inmitten einer neuen Beschäftigung mit Kindern und Kindheiten, die durch vielfältige gesellschaftliche Wandlungsprozesse indiziert eine seit langem verfestigte Ordnung zu verändern beginnen. Dies zeigt sich zunächst in veränderten Positionsbestimmungen von Kindertagesstätten, die immer klarer als Bildungseinrichtungen begriffen werden, aber auch in zaghaften Ansätzen einer Kinderpolitik.

Darin wird ständig und fast schon stereotyp darauf hingewiesen, dass man von Kindern ausgehen müsse, um deren Situation wirklich zu begreifen. Doch das ist zunächst nicht neu und umwerfend, eine jede moderne Pädagogik, die sich seit der „Entdeckung der Kindheit“ (Aries 2000) systematisch mit dem Kind beschäftigt, geht dabei emphatisch von diesem aus. Neu ist aber, dass dieses „vom Kind ausgehen,“ auch heißen soll,

- sie an ihrem Alltag in den Kindereinrichtungen zu beteiligen sind, um daraus Stärke und Selbstwirksamkeit zu erlangen;
- ihre Rechte als Kinder, Kinderrechte als ein eigenständiges Prinzip der Politik, in den Fokus zu nehmen;
- Hilfen, Unterstützung und Förderungen so zu gestalten, dass sie Kindern direkt zu Gute kommen und nicht erst über den Umweg Familie an sie heran getragen werden.

Dem steht allerdings ein in weiten Teilen der Pädagogik und der Politik noch immer fest etabliertes Bild des Kindes gegenüber, das dieses weniger als eigenständiges Subjekt sondern eher als Objekt von Bildung und Erziehung begreift und hierfür einen geschützten Rahmen aufrecht erhalten will, in dem Das Kind unter „Aufsicht“ der Erwachsenen „die Welt erforschen“ und zu seinem definierten Wohl gedeihen kann (Bühler-Niederberger 2010).

Weiterhin werden Kinder als ein Symbol der Unschuld, als eine Chiffre für Reinheit und als ein Anlass für die Skandalisierung sozialer Verhältnisse genommen. Darin geht es zwar auch um sie, doch es geht zumeist um Setzungen, die Erwachsene vornehmen, indem sie Kinder bestimmte Mustere, Deutungen und Bedarfe zuweisen. Dies zeigt sich ja auch in der entwickelten Debatte über Kinderarmut, die, wäre sie mit dem Begriff familiäre Armut angetreten, was ja den eigentlichen Hintergrund darstellt, nicht so in der öffentlichen Wahrnehmung stünde.

Wer über diese noch immer weit verbreitete Praxis nachdenkt und kritische Fragen stellt, so meine grundlegende These, kommt nicht daran vorbei, Kinder zunächst und offensiv als autonome, handelnde und aktive Wesen zu sehen, die es nicht nur einzubeziehen gilt, sondern die mitgestalten und mitbestimmen müssen, da letztlich, mitunter unter Einbezug von Erwachsenen, nur sie ihre eigenen Bedarfe formulieren können.

Das Kind als eigenständiges Subjekt gesehen führt dann aber zur Frage, was jenseits der Familienpolitik, in der Kinder eingewoben sind, eigentlich eine eigenständige Kinderpolitik sein könnte und wie sich diese entfaltet und positioniert. Dies verlängert sich in die eigentlich entscheidende und grundlegende Frage, was die Bedeutsamkeit von Kinderrechten ausmacht und wie diese umgesetzt werden können. Die Frage ist doch, wie Kinder also tatsächlich und eigenständig an politischen Diskursen teilhaben können.

Dies ruht auf dem Wissen, dass Kinder dies auch können: Schon lange wissen wir, insbesondere aus der Armutsforschung, aber auch aus anderen Studien, dass Kinder in verschiedenen Situationen und Lagen handlungsfähig sind und sehr unterschiedlich agieren, dabei entwerfen sie ein Spektrum von eher passiven bis zu stark aktiven Strategien. Kinder handeln und suchen nach Lösungen.

Diese Fähigkeiten gilt es zu unterstützen und zu fördern, indem man sie als eigenständige Subjekte in den Fokus nimmt. Das geht nur mit einer Kinderpolitik, einer Politik mit Kindern, einer beteiligenden Politik, die auf den Kinderrechten ruht und diese zur Verwirklichung führt. Und das ist etwas völlig anderes als Familienpolitik. Von daher: Vom Kind auszugehen heißt es als eigenständiges Subjekt anzuerkennen, dazu muss sich Pädagogik und Politik nachhaltig vom traditionellen Bild des Kindes und der Kindheit lösen, von einer zu schützenden und zu behütenden Kindheit (Bühler-Niederberger 2005).

### **Vom Kind ausgehen**

„In the best interest of the child“, jenes berühmte Diktum der UN-Kinderrechtskonvention, meint doch, dass Kinder als Experten für ihre eigenen Belange zu begreifen sind. Die damit postulierte Idee "grundlegender kindlicher Interessen" zeichnet Kinder als eigenständige, selbstverantwortliche Wesen und räumt ihnen Autonomie, Partizipation, Mitbestimmung und Gestaltungsfähigkeit ein.

Diese UN-Kinderrechtskonvention sagt in ihrem Artikel 11 ganz konkret, dass die Vertragsstaaten dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zusichern, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und sich bereit erklären die Meinung und die Bedarfe des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen, und dies in Politik umzusetzen.

Im Artikel 31 der Grundrechte-Charta der Europäischen Union lesen wir zudem: Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das übergeordnete Interesse des Kindes eine vorrangige Erwägung sein. Im KJHG sind diese Rechte ebenfalls verankert.

Der erste Schritt hierzu ist, Kinder als Subjekte anzuerkennen und sie zu achten. Axel Honneth hat die Ebenen der Anerkennung von Subjekten grundlegend herausgearbeitet; Anerkennung durch die Anderen ruht demnach:

- auf emotionaler Achtung - der Liebe -,
- auf rechtlicher Anerkennung sich selbst und anderen gegenüber
- und auf wechselseitiger Anerkennung zwischen soziokulturell unterschiedlich individuierten Personen - der Solidarität (Honneth 1992).

Honneth sprach zudem von einer emotionalen Achtung; die als Respekt zu begreifen ist, die Andere ernst nimmt und sie gleich behandelt. Achtung und Respekt gegenüber den Bedürfnissen und Bedarfen der Kinder als Menschen muss in diesem Verständnis die Basis aller Politik, als rechtliche Anerkennung und als wechselseitige Anerkennung. Politisch und pädagogisch betrachtet hat dies eine radikale Überwindung der Familienzentrierung der Politik zur Folge, in der Kinder lediglich Familienmitglieder sind und somit ihr Subjektstatus im doppelten Sinne aufgehoben ist.

Stattdessen ist eine eigenständige Kinderpolitik erforderlich, die der Pädagogik Räume und Möglichkeiten öffnet Kinder als Subjekte anzuerkennen. Dies ist zunächst eine Politik für und mit Kindern, die sich unmittelbar an das Kind wendet und dessen Bedarfe im Fokus hat: Hilfe und Unterstützung müssen dann aber direkt an Kinder gehen.

In seinen realen Konsequenzen geht dies weit über traditionelle Formen seitheriger „Kinderpolitik“ hinaus, die sich zwar so versteht aber nicht wirklich Kinderpolitik ist. Sie zeigt sich vor allem in von Erwachsenen konzipierten und zugleich dominierten Institutionen wie Kinderfreundlichkeitsprüfungen, Kinderforen, Kinderparlamente, Kinderbeauftragten oder Kinderkommissionen.

Das nun beschlossene Betreuungsgeld ist bspw. ein krasses Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Man will Kinder fördern, indem man Familie und Ehe in den Fokus nimmt. Alle Beispiele und Studien, die es hierzu gibt, stellen deutlich in Frage, ob dies Kindern tatsächlich nütze. Besser wären Investitionen in Infrastrukturen, die Kindern unmittelbare Chancen öffnen, bzw. ein verpflichtender Besuch von Kindertageseinrichtungen

Der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, brachte dies in einem Vortrag einmal auf den Punkt: Wovon Kinder aus armen Lebenslagen wirklich etwas haben? Zum Beispiel vom Ausbau und der Verbesserung aller Angebote, die die Defizite ihres durch ein enges finanzielles Budget eingeschränkten Alltags ausgleichen können und sie stark für die Zukunft machen, so bspw. im Bereich der Freizeitgestaltung und Bildung. Gemeint sind damit auch Maßnahmen, die sich direkt an Kinder wenden.

Wenn Kinder das tatsächliche Recht auf Anerkennung haben und über eigenständige Rechte verfügen, dann verschiebt sich zugleich der Blickwinkel von der Wächter-Perspektive einer behüteten und beschützten Kindheit auf Kinder als Akteure in eigenen Lebenslagen. Dann sind Maßnahmen und Konzepte, insbesondere auch gegen die Folgen familiärer Armut, keine Schutz- und Rettungspädagogik mehr sondern eine Entwicklungsaufgabe, die nur mit den Kindern gestaltet werden kann und deren Bedarfe im Fokus haben muss. Es ist noch einmal zu fragen: was ist Kinderpolitik?

### **Kinderpolitik**

In einer sich etablierenden Kinderpolitik, die sich jenseits der Familienpolitik als ein eigenständiges Politikfeld für eigenständige Subjekte, die Kinder, entwirft müssen Anerkennungskontexte und somit Kinderrechte einen herausgehobenen Stellenwert erhalten. Dem steht, und das sei noch einmal betont, noch immer eine andere Praxis gegenüber. In Deutschland findet sich weiterhin eine Tendenz „Kinderrechte ausschließlich als Schutzrechte (Schutz vor körperlicher und seelischer Gewalt) oder Versorgungsrechte (Bildung und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen) zu thematisieren“ (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, 40). Dahinter verbirgt sich das traditionelle Bild des Kindes als eines schutzbedürftigen Wesens, dessen Interessen wesentlich von Erwachsenen zu vertreten haben. Insofern finden sich in diesen Formen bisher auch nur wenige Kinder als Akteure. Es ist zumeist eine Politik für Kinder, die mitunter paternalistisch daher kommt und sich als „Gnade der Erwachsenen,“ entwirft.

Der hier vertretene Politikbegriff meint aber eine Politik der Teilhabe, zielt auf eine Aktivierung der Subjekte für ihre eigenen Interessen, meint die Förderung und Ermöglichung zivilgesellschaftlichen Engagements (Bartelheimer 2007). Diese Überlegungen, auf Rainer Forst und Paulo Freire ruhend, spiegeln die notwendige und visionäre Entwicklung einer Politik der Kinder, in der diese ihr eigenes thematisches Universum und seine Schüsselsituationen reflektieren und sich in die Gestaltung der eigenen Lebenslage einmischen. Sie sollen dabei zusammen mit Erwachsenen jene Themen finden, die sie bewegen um dann ihre eigenen Vorstellungen zu artikulieren und diese auch notfalls einzufordern.

Kinderpolitik als Teilhabe lebt deshalb von der folgenden These: Man muss Kindern einfach mehr zutrauen als es üblicherweise getan wird; eine Politik der Kinder (und nicht für Kinder) heißt vom Kinde und dessen Interessen und Rechten auszugehen. Das setzt aber voraus, dass politische Institutionen, die Räume öffnen, in denen Kinder sich politisch entfalten können, sich an den Bedarfen und den Bedürfnissen der Kinder orientieren.

## Bedarfe

Man kann die eigenen Bedarfe der Kinder, die diese jenseits der Bedarfe von Familien haben, reflektieren, indem man das um kindliche Interessen erweiterte Lebenslagemodell heranzieht (Chasse, Zander, Rasch 2003; Lutz 2012a):

- **Versorgungs- und Einkommensspielraum**  
Hinsichtlich des Alltags von Kindern kommen zunächst das Einkommen der Familie und vor allem die innerfamiliäre Ressourcenaufteilung in den Blick. Es ist zu fragen: ist das ausreichend; wie sieht die Grundversorgung mit Ernährung, Kleidung und Wohnen aus; ist diese aus Sicht der Kinder bedarfsdeckend; wie viel Taschengeld bzw. verfügbares Geld haben die Kinder; wie nehmen Kinder den Einkommensspielraum der Familie wahr; wie sehr leiden sie unter Einschränkungen.
- **Lern- und Erfahrungsspielraum**  
Welche allgemeinen und spezifischen Anregungen bzw. Förderungen erfahren die Kinder durch Eltern und durch ihr Umfeld (Verwandte, Nachbarschaft, Netzwerke, Kindereinrichtungen). Dahinter stecken Bedarfe wie außerschulische Freizeitaktivitäten (wie z.B. Musikschule, Sport, kulturelle Angebote u.a.), ein weit gefasster sozialräumlicher Erfahrungsraum (wie z.B. Garten, Spielplätze, Schwimmbad); der Kindergarten als Lern- und Erfahrungsfeld.
- **Kontakt - und Kooperationsspielraum**  
Soziale Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind erforderlich, in der Familie, im Kindergarten, in Freundschaften, in Vereinen, in Nachbarschaften. Dazu zählt auch die Teilnahme an Geburtstagen und Festen. Aber auch Nutzungsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur sind bedeutsam, wie öffentliche und private Angebote für Kinder durch Organisationen und Vereine, Spiel- und Freizeitmöglichkeiten.
- **Regenerations- und Mußespielraum**  
Bedeutsam im Alltag von Kindern sind auch die Möglichkeiten von Entspannung und Spiel, von Erholung und Muße, von Anregung und Gestaltung im Wohnumfeld und in der Wohnsituation; aber auch die Möglichkeiten zu Freizeitaktivitäten, die über den unmittelbaren Wohnort hinaus gehen wie Ausflüge, Sport, Kultur, Musik, Museen. Der Blick richtet sich zusätzlich auf Entlastungen bzw. Belastungen in der Familie, dies betrifft das familiäre Klima und die Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen sowie besondere familiäre Belastungen, die als Erschöpfung zu sehen sind. Unter Erschöpfung verstehe ich dabei eine wachsende Unfähigkeit von stark belasteten Eltern, den Alltag mit den Kindern zu organisieren.
- **Dispositions- und Entscheidungsspielraum**  
Ein essentieller Aspekt liegt schließlich auch darin, ob und wie Kinder an der Ausgestaltung den sie betreffenden Dimensionen ihrer Lebenslage beteiligt sind, welche Wahlmöglichkeiten und Optionen sie haben Gestalter und Konstrukteure ihrer Welt zu sein, wie intensiv sie aufgefordert sind in sie betreffenden Angelegenheiten mitzubestimmen.

Die formulierten Bedarfsbereiche der Kinder sollen nun in *drei essentiellen und zugleich institutionellen Schwerpunkten* gebündelt werden:

1. Institutionelle Grundversorgung wie Nahrung, Kleidung, emotionale Wärme, Schutz aber auch Zugänge zur Umwelt; das ist die Frage nach den familiären und ökonomischen Möglichkeiten und einer kinderfreundlichen Wohnumgebung, die Anregungen und Erfahrungen schafft
2. Institutionell ermöglichte Teilhabechancen; das ist die Frage hinsichtlich einer für Kinder zugänglichen Infrastruktur bezogen auf Freizeit, Kultur, Sport und sozialen Beziehungen.
3. Institutionen der Bildung; das ist die Frage zur Entwicklung von Teilhabefähigkeiten und damit zu Kontexten, die zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen.

## Umsetzung

In der möglichen Umsetzung dieser Bedarfsbereiche in Angebote, die sich an Kindern orientieren und kinderpolitisch im Fokus stehen, zeigen sich vier Komponenten.

### 1) *Kindergrundsicherung*

Es gibt viele Rechenmodelle, wie viel ein Kind wirklich braucht, das will ich hier nicht im Detail diskutieren, aber

das Modell der Kindergrundsicherung halte ich für das charmanteste und weitest entwickelte, und zwar aus drei Gründen: es orientiert sich am Bedarf der Kinder und wird nicht von Regelsätzen der Erwachsenen abgeleitet; Kinder werden darin zu Rechtssubjekten einer Grundversorgung; Bildung und Teilhabe der Kinder kommen in den Blick und sollen nachhaltig ermöglicht werden.

## 2) Teilhabemöglichkeiten und Förderung einer kindbezogenen Infrastruktur

Mit der finanziellen Ausstattung ist aber nur die Hälfte definiert. Zugleich sind die Teilhabemöglichkeiten der Kinder im sozialen Raum zu verbessern; das ist zum einen die Frage nach der Unterstützung und zum anderen die Frage nach der Infrastruktur

Wichtig sind Aufsuchende Hilfen für erschöpfte Familien und Präventionsnetze, wie es sie in einigen Kommunen wie Monheim oder Dormagen schon länger gibt. Im Blick müssen auch kinderfreundliche Umwelten sein, vor allem in Gebieten mit einer hohen Quote an sozial benachteiligten Familien. Gerade hier sind die Umwelten wie Spielplätze wenig anregend bzw. Sportmöglichkeiten sind kaum vorhanden.

Bedeutsam ist zudem der Ausbau einer kinderbezogenen sozialen Infrastruktur, die an den Bedarfen der Kinder ansetzt und ihnen Teilhabe ermöglicht. Das könnte z. Bsp. durch die Weiterentwicklung des Bildungs- und Teilhabepakets geschehen.

In fast ganz Deutschland wird dies eher schlecht angenommen. Das sind in manchen Städten viele Millionen Euro, die nicht ausgegeben werden. Laut DGB waren im April 2012 von 636 Mio. nur 130 Mio. verausgabt. Die Probleme sind vielfältig: Komplizierte Antragsstellung, unterschiedliche Bewilligungszeiträume, verschiedene Akteure. Es gibt aber auch bessere Zahlen: mancherorts muss man keine Einzelanträge stellen, es gibt direkte Leistungsvereinbarungen mit den Schulen, Kitas und Vereinen. Wenn das Kind essen geht in der Schule, dann wird das übernommen. Das orientiert sich am Kind und dessen Bedarfen.

Das Paket stellt sinnvollerweise Bildung Kinder in den Fokus, es setzt also richtig an, verliert sich aber wieder in den Gestrüppen der Familienzentrierung, da es vielfach nur über sie an die Kinder heran getragen wird. Es ist verbesserungswürdig und könnte ein Weg sein, Infrastrukturen und Kontexte zu entwickeln, die direkt an die Kinder gehen.

## 3.) Frühkindliche Bildung

Alles steht und fällt mit den Teilhabefähigkeiten der Heranwachsenden, ohne deren Entwicklung bleibt vieles ein Märchen. Das soll am Beispiel der frühkindlichen Bildung expliziert werden.

Kindereinrichtungen sind Orte der Bildung und nicht der Versorgung, deshalb müssen die Kinder auch dort sein, man sollte deshalb über eine Pflicht nachdenken, diese Einrichtungen müssen wie Schulen kostenfrei sein. Die vorliegenden Ideen und Konzepte eines demokratischen Kindergartens sind zudem ein Modell, das Teilhabefähigkeit durch Resilienzförderung aufbaut.

Meine These, die ich als Ergebnis einer Studie im Kinderreport 2012 formulierte: Um Resilienz zu fördern ist frühe Partizipation und Mitbestimmung eine absolute Voraussetzung. Das gelingt aber nur, wenn der Blick weit über den Kindergarten hinaus geöffnet wird, er als gemeinsamer Bildungsort für Kinder, Familien, Fachkräfte, Träger und das jeweilige soziale Umfeld verstanden wird. Kindergärten sind dann Familienzentren bzw. lebensweltsensible Orte frühkindlicher Bildung.

Ein demokratischer Kindergarten, der das umsetzt und den es durchaus gibt, hat vier Elemente, die sich am Bedarf der Kinder orientieren und deren Teilhabefähigkeit fördern (Lutz 2012b):

- Es ist ein Dialogischer Kindergarten, der die Kinder im Mittelpunkt hat und auf Achtung und Anerkennung ruht
- Es ist ein Demokratischer Kindergarten, der echte Mitbestimmung realisiert und zum Ort der Weltaneignung wird
- Es ist ein Offener Kindergarten, der mit den Kindern den Blick nach außen wirft, die thematischen Universen der Kinder reflektiert, der aber auch aktivierende Elternarbeit betreibt und zugleich einen zusätzlichen Fokus auf die Vermittlung weiterer Angebote legt
- Es ist ein Politischer Kindergarten, der Ort der Auseinandersetzung und der Einübung politischen Handelns der Kinder ist

#### 4.) Vernetzung

Strukturell wichtig scheint zudem eine Vernetzung der Angebote im Raum. Das meint eine notwendige Bündelung der Maßnahmen, die sich in einer kommunalen Armutsprävention oder auch in einer lokalen Kinderpolitik fokussieren kann

- das ist die Vernetzung sozialer Akteure in Sozialen Räumen
- das ist die Zusammenarbeit unterschiedlichster Hilfsangebote
- das ist die Abstimmung in Sozialraumkonferenzen oder Bündnissen
- das ist der Aufbau von Frühwarnnetzen als Wahrnehmungs-, Informations- und Reaktionsketten
- das sind aber auch verbindliche Regeln der Kooperation zwischen den Teilstrukturen des Hilfesystems

Dies umfasst zudem die Begleitung der Fachkräfte durch Netzwerkstrukturen auf Stadtteilebene durch Fallkonferenzen, Planungs- und Evaluationsforen sowie Kinder- und Jugendforen mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Für diese Überlegungen gibt es vielfältig vorgetragene Modelle.

#### Schluss und Ausblick

Es ist für eine Kinderpolitik von großer Bedeutung, inwieweit Kinder in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen als autonom agierende Akteure eingebunden sind und sowohl eigenständige wie eigensinnige Kinderkulturen herausbilden, um so selbstsicherer, selbstaktiver und selbstverantwortlicher an der Gestaltung ihrer Wege durch die Kindheit innerhalb moderner Wandlungsprozesse mitzuwirken.

Abschließend soll deshalb noch einmal Korczak zitiert werden: „Kinder werden nicht erst zu Menschen – sie sind es schon. Ja! Sie sind Menschen, keine Puppen.“ Das aber fordert sie als eigenständige Subjekte zu sehen. Politik und Pädagogik müssen sie in ihren eigenen Bedarfen jenseits der Familie in einen eigenen Fokus stellen. Das wäre der Einstieg in eine anerkennende Kinderpolitik.

#### Literatur

- Aries, Philippe: Geschichte der Kindheit, München 2000  
Bartelheimer, Peter: Politik der Teilhabe, Fachforum, 1/2007, Friedrich Ebert Stiftung Berlin  
Bühler-Niederberger, Doris /Hrsg.): Macht der Unschuld. Das Kind als Chiffre, Wiesbaden 2005  
Bühler-Niederberger, Doris: Organisierte Sorge für Kinder, Eigenarten und Fallstricke – eine generationale Perspektive, in: : Bühler-Niederberger, Mierendorff, Lange 2010, S. 17-41  
Bühler-Niederberger, Doris/ Mierendorff, Johanna/Lange, Andreas (Hg.): Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe, Wiesbaden 2010  
Chasse, Karl-August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm, Opladen 2003  
Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek 1973  
Freire, Paulo.: Erziehung als Praxis der Freiheit, Stuttgart 1974  
Forst, Rainer: Das Recht auf Rechtfertigung, Frankfurt am Main 2007  
Hansen, Rüdiger/Knauer, Rainard; Sturzenhecker, Benedict: Partizipation in Kindertageseinrichtungen, Weimar 2011  
Honneth, Axel.: Kampf um Anerkennung, Frankfurt am Main 1992  
Korczak, Janus: Sämtliche Werke, Gütersloh 1999  
Lutz, Ronald (Hg.): Erschöpfte Familien, Wiesbaden 2012 a  
Lutz, Ronald: Kinderreport des Dt. Kinderhilfswerk: Mitbestimmung und Resilienz, Berlin 2012 b